



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,  
Energie und Kommunikation UVEK

**Bundesamt für Umwelt BAFU**  
Abteilung Wasser

3003 Bern  
BAFU, BMA

POST CH AG

Kanton Graubünden  
Amt für Natur und Umwelt  
Ringstrasse 10  
7001 Chur

Referenz: BAFU-A-14643401/17  
Aktenzeichen: BAFU-042.131-00-60429/1/4/2  
Ittigen, 28. Juni 2021

## Sanierungsmassnahmen nach Art. 83a GSchG im Bereich Schwall-Sunk Anhörung BAFU nach Art. 41g Abs. 2 GSchV

**Kraftwerk:** Name, Gemeinde, Kanton  
**Inhaberin:** Name, Adresse, PLZ Ort  
**Massnahmen:** Sanierung des Fischaufstiegs / Fischabstieg

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom [Datum] haben Sie dem BAFU das Dossier zu oben erwähntem Sanierungsprojekt zur Anhörung nach Art. 41g Abs. 2 der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV, SR 814.201) geschickt. In Kenntnis der kantonalen Stellungnahme vom [Datum] nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

### 1 Ausgangslage

Angaben zum Betreiber, Standort und Typ der Anlage. Angaben zur laufenden Konzession. Angaben zur bestehenden Beeinträchtigung und zur Sanierungspflicht gemäss strat. Planung. Angaben zur Verfügung der Sanierungspflicht. Angaben zum Projekt (Sanierungsmassnahme, Spezialfall, Ausbau...) Angaben ob eine Vorprüfung stattgefunden hat etc.

### 2 Gesetzliche Grundlagen

Artikel 83a des Bundesgesetzes vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (GSchG, SR 814.20) verpflichtet die Inhaber bestehender Wasserkraftwerke, bis Ende des Jahres 2030 die nach Artikel 39a GSchG notwendigen baulichen Massnahmen zur Sanierung von wesentlichen Beeinträchtigungen der einheimischen Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume durch Schwall und Sunk zu

Bundesamt für Umwelt BAFU  
Marc Baumgartner  
3003 Bern  
Standort: Papiermühlestrasse 172, 3063 Ittigen  
Tel. +41 58 46 541 31, Fax +41 58 46 303 71  
marc.baumgartner@bafu.admin.ch  
<https://www.bafu.admin.ch>



BAFU-A-14643401/17

treffen. Auf Antrag des Kraftwerksinhabers können statt bauliche Massnahmen betriebliche Massnahmen getroffen werden. Die Massnahmen richten sich nach dem Grad der Beeinträchtigung und dem ökologischen Potenzial des Gewässers, der Verhältnismässigkeit des Aufwandes, den Interessen des Hochwasserschutzes und den energiepolitischen Zielen zur Förderung erneuerbarer Energien. Sie sind im Einzugsgebiet des betroffenen Gewässers aufeinander und auf andere Massnahmen abzustimmen.

Eine wesentliche Beeinträchtigung der einheimischen Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume durch Schwall und Sunk liegt gemäss Art. 41e GSchV vor, wenn die Abflussmenge bei Schwall mindestens 1.5 mal grösser ist als bei Sunk und die standortgerechte Menge, Zusammensetzung und Vielfalt der pflanzlichen und tierischen Lebensgemeinschaften nachteilig verändert werden.

Gemäss Art. 41g Abs. 1 GSchV ordnet die kantonale Behörde die Sanierung bei Schwall-Sunk an und verpflichtet die Inhaber von Wasserkraftwerken, verschiedene Varianten von Sanierungsmassnahmen zu prüfen. Bevor die kantonale Behörde über das Sanierungsprojekt entscheidet, hört sie gemäss Art. 41g Abs. 2 GSchV das BAFU an. Das BAFU prüft im Hinblick auf das Zusicherungsgesuch nach Art. 28 Abs. 1 der Energieverordnung vom 7. November 2017 (EnV, SR 730.01), ob die Anforderungen nach Art. 39a GSchG erfüllt sind und die Wirtschaftlichkeit der Massnahme gewährleistet ist (Anh. 3 Ziff. 2 EnV).

### 3 Beurteilung

#### 3.1 Eingereichte Unterlagen

Mit Schreiben vom [Datum] hat die [zuständige kantonale Stelle] folgende Unterlagen eingereicht:

– Kantonale Stellungnahme vom [Datum]

– Unterlagen 2

– Unterlagen 3

Ist das Dossier inhaltlich vollständig? Wurden Anträge aus Vorprüfungen berücksichtigt? Wurden Fristen der Projektierung eingehalten?

Das Dossier ist für die Anhörung nach Art. 41g Abs. 2 GSchV inhaltlich [un]vollständig

#### 3.2 Wesentliche Beeinträchtigung

Verursacht die Anlage eine wesentliche Beeinträchtigung des Gewässers durch Schwall-Sunk? Wie wurde die Anlage im Rahmen der strategischen Planung beurteilt? Wurde die Sanierungspflicht vom Kanton verfügt? Ist BAFU damit einverstanden?

#### 3.3 Variantenstudium und Massnahmenwahl

Welche Varianten wurden untersucht? Sind die gemachten Untersuchungen ausreichend und nachvollziehbar? Wurden alle möglichen Sanierungsmassnahmen geprüft? Braucht es weitere Untersuchungen/Abklärungen?

Ist die Wahl der Bestvariante nachvollziehbar? Wurde bei der Massnahmenwahl die ökologische Wirkung, die Verhältnismässigkeit, die Interessen des Hochwasserschutzes und der energiepolitischen Ziele genügend berücksichtigt?

#### 3.4 Bestvariante

##### 3.4.1 Ökologische Wirkung

Welche Wirkung kann mit der vorgeschlagenen Sanierungsmassnahme erzielt werden? Wird die wesentliche Beeinträchtigung beseitigt?

##### 3.4.2 Grad der Beeinträchtigung und ökologisches Potential

Richtet sich die Massnahme nach dem Grad der Beeinträchtigung und dem ökologischen Potential des Gewässers?

### 3.4.3 Verhältnismässigkeit des Aufwandes

Ist die Massnahme Verhältnismässig (geeignet, erforderlich, zumutbar)?

### 3.4.4 Interessen des Hochwasserschutzes

Werden Interessen des Hochwasserschutzes genügend berücksichtigt?

### 3.4.5 Energiepolitische Ziele zur Förderung erneuerbarer Energien

Werden Interessen der energiepolitischen Ziele genügend berücksichtigt?

Führt die Bestvariante zu einer Energieminderproduktion (betriebliche Massnahme, nicht Produktionsausfall während Massnahmenbau)? Wenn ja Energieminderproduktion in GWh/a angeben und in Do-kuSanWK erfassen (V1: In Bemerkungen, V2: In separatem Feld im Geschäftsfall).

### 3.4.6 Koordination im Einzugsgebiet

Werden die S/S Massnahmen im Einzugsgebiet des betroffenen Gewässers aufeinander abgestimmt?

Wird die Massnahme auf andere Gewässerschutzmassnahmen abgestimmt?

### 3.5 Wirkungskontrolle

Liegt ein Konzept zur Wirkungskontrolle vor? Entspricht es den Vorgaben der Vollzugshilfe?

### 3.6 Wirtschaftlichkeit

Beurteilung der Wirtschaftlichkeit? Wurde eine Ausschreibung gemacht? Wird die Wirtschaftlichkeit der Massnahmen nachvollziehbar dargelegt? Sind die Kosten der einzelnen Kostenpunkte in einem „Ver-nünftigen“ Rahmen (Vergleich mit Referenzkosten)? -> Falls erst eine Kostengrobschätzung vorliegt und noch keine Ausschreibungen gemacht wurden, darauf hinweisen, dass im Antrag auf Entschädi-gung die Wirtschaftliche Ausführung der Massnahme nachvollziehbar erläutert werden muss.

Die Leistungen für die ökologische Sanierung der Wasserkraft unterliegen dem öffentlichen Beschaf-fungsrecht. Die Gesuchstellerin sorgt dafür, dass für die kommenden Schritte im Rahmen der dem öf-fentlichen Beschaffungsrecht entsprechenden Vergabeverfahren die Arbeiten an die wirtschaftlich günstigsten Unternehmen vergeben werden. Für das Auszahlungsgesuch ist das Vergabeverfahren zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit angemessen zu dokumentieren.

### 3.7 Voraussetzungen für eine Entschädigung und anrechenbare Kosten

Hinweis falls detaillierte Angaben vorhanden und grobe Differenzen ersichtlich sind. (Sind Vorausset-zungen für Entschädigung grundsätzlich gegeben? Wurden die anrechenbaren Kosten korrekt angege-ben? Wie hoch sind die voraussichtlichen anrechenbaren Kosten? Welche zusätzlichen Unterlagen werden mit dem Zusicherungsgesuch erwartet?)

Die voraussichtlich anrechenbaren Kosten belaufen sich auf 0.00 CHF.

Das Entschädigungsgesuch soll eine Beurteilung der Kostenrisiken enthalten. Bei Projekten in diesem Umfang wird zudem ein laufendes Kostencontrolling und -reporting an den Kanton und ans BAFU er-wartet (mit quartalsweisem Reporting Entwicklung Kosten (Vergleich Soll/Ist und Endkostenprognose). Diese Leistungen/Kosten sind anrechenbar und sind im Entschädigungsgesuch abzubilden.

### 3.8 Weitere Bemerkungen

Bei Bedarf.

### 3.9 Fazit und Anträge

Welche Gründe sprechen für die Bestvariante / Gibt es Gründe die dagegen sprechen?

Gibt es andere Interessen die für oder gegen die Bestvariante sprechen?

**Kommentiert [PMUB1]:** Wenn Investitionssumme > 5 / 10 Millionen: dann diesen Punkt in BAFU Stellung-nahme aufnehmen

Unsere Erwartungen an das laufende Kostencontrolling ist eine ¼-jährliche Berichterstattung zu folgenden Ele-menten:

- Status Projektfortschritt
- die aufgelaufenen Kosten / - aktuelle Kostenentwick-lung (IST)
- Vergleich mit geplanten/zugesicherten Kosten (SOLL)
- Meldung von aufgetretenen Mehrkosten
- Meldung von weiteren absehbaren/voraussichtlichen Mehrkosten inkl. Risikobeurteilung (-> Genehmigung)
- Endkostenprognose
- Meldung von Projektänderungen/anpassungen (-> Genehmigung)

Meldung zum weiteren Zeitplan

Wenn > 20 Mio, dann soll dieses Reporting durch eine externe Instanz (d.h. nicht das Kraftwerk selbst) erfol-gen, wenn < 20 Mio, dann kann das Reporting durch KW selbst erfolgen

**Stimmt das BAFU der Wahl der Bestvariante zu? – Begründung**

**Anträge**

[1] Antrag 1

[2] Antrag 2

[3] Antrag 3

Wir bitten Sie, unsere Anträge und Bemerkungen in Ihrem Entscheid zu berücksichtigen.

**4 Weiteres Vorgehen**

Sobald alle nötigen Bewilligungen vorliegen, kann [der Inhaber des Wasserkraftwerks] für die im Betreff vermerkte Sanierungsmassnahmen bei [der zuständigen kantonalen Behörde] ein Gesuch um Erstattung der Kosten gemäss Art. 34 des Energiegesetzes vom 30. September 2016 (EnG, SR 730.0) einreichen. Dieses ist einzureichen, bevor mit dem Bau resp. der Massnahme begonnen wird oder grössere Anschaffungen getätigt werden (Art. 28 Abs. 2 EnV). **Mit dem Bau resp. der Massnahme darf erst begonnen werden (bzw. grössere Investitionen dürfen erst getätigt werden), wenn die Zusicherungsverfügung des BAFU vorliegt. Ansonsten besteht kein Anrecht auf Entschädigung.** Eingang des Gesuchs reicht [die kantonale Behörde] dem BAFU umgehend das vollständig ausgefüllte Meldeformular „Gesuchseingang Art. 29 EnV“ ein. [Die kantonale Behörde] prüft das Gesuch auf Vollständigkeit hin. Ist das Gesuch vollständig, so beurteilt sie es gemäss den Kriterien nach Anhang 3 Ziffern 2 und 3 EnV und leitet es mit ihrer Stellungnahme an das BAFU weiter. Ist das Gesuch nicht vollständig, so informiert sie das BAFU umgehend darüber. Sie informiert das BAFU erneut, sobald die zur Vollständigkeit des Gesuchs notwendigen Unterlagen nachgereicht wurden (Art. 29 Abs. 3 EnV).

Für Verfahrensfragen steht Ihnen der Kantonsverantwortliche der Sektion Sanierung Wasserkraft (Vorname Name Kantonsverantwortlicher, Telefon, E-Mail) zur Verfügung. Für inhaltliche Fragen betreffend Sanierung Schwall und Sunk wenden Sie sich bitte an Vorname Name Fachverantwortlicher (Telefon, E-Mail).

Freundliche Grüsse

Beilage(n):

– [TEXT]

Kopie an:

– Kraftwerksinhaber

– Intern: Fachbearbeiter, Kantonsverantwortlicher, Johannes Abegg

**Kommentiert [LL1B2]:** Falls externes Büro Beurteilung gemacht hat